

# Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.  
Mitglieder erhalten es kostenlos.  
Redaktionschluss am 15. jeden  
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.  
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 35, Derfflingerstr. 19a.  
Fernsprecher: Amt VI, 11881.

Zu beziehen durch die Haupt-  
geschäftsstelle und durch alle  
Postämter.  
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 9.

Berlin, September 1907.

7. Jahrgang.

## An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands!

In Ausführung des Beschlusses des ersten Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1903 in Frankfurt a. M. berief der unterzeichnete Ausschuss im November vorigen Jahres den Deutschen Arbeiterkongress für den 20. Januar und ff. nach Berlin. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Reichstages und der nachfolgende harte Wahlkampf ließen es uns im Interesse der Bestrebungen unseres Kongresses rätlich erscheinen, den Kongress zu vertagen. Nunmehr berufen wir endgültig zum **20., 21. und 22. Oktober 1907** den

## Deutschen Arbeiterkongress

zum zweiten Male nach Berlin.

Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundsätze anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

**Die Verhandlungen finden in den Germania-Festsälen zu Berlin N., Chausseestraße 103, statt.**

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter Franz Behrens-Essen).
2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter Adam Stegerwald-Köln).
  - A) Die Sonntagsruhe (Berichterstatter Richard Döring-Hamburg).
  - B) Arbeiterichuß in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Wieber-Duisburg).
  - C) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Fischer-Mülhausen/Elßaß).
  - D) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatterin Fräulein Graf-M. Gladbach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt E etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Eröffnung des Kongresses wird auf **Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 11 1/2 Uhr**, angesetzt, bis zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einfinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter steht den einzelnen Verbänden frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der vertretenen Mitglieder entscheidend.

Indes glauben wir, die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Stimmrecht einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisations-Beamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 15. September 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Anträge werden gedruckt und spätestens 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden Vereinigungen und deren Vertretern übermittelt werden.

Mit kollegialem Gruß!

### Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses:

**Franz Behrens**, Essen,  
Vorsitzender.

**Adam Stegerwald**, Köln,  
Schriftführer.

**Wilhelm Schack**, Hamburg,  
Rechnungsführer.

**Marg. Behm**, Berlin.

**Joh. Giesberts**, M. Gladbach.

**A. Kirchberg**, Mülheim.

**Friedr. Kloos**, Rastatt.

**Peter Holz**, Trier.

**C. M. Schiffer**, Düsseldorf.

**Geintr. Benz**, München.

**Emil Hartwig**, Hagen i. W.

NB. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an **Franz Behrens**, Essen-Ruhr, Vereinsstr. 21, zu richten.

# Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.  
Mitglieder erhalten es kostenlos.  
Redaktionschluss am 15. jeden  
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.  
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 35, Derflingerstr. 19a.  
Fernsprecher: Amt VI, 11 881.

Zu beziehen durch die Haupt-  
geschäftsstelle und durch alle  
Postämter.  
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 9.

Berlin, September 1907.

7. Jahrgang.

## An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands!

In Ausführung des Beschlusses des ersten Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1903 in Frankfurt a. M. berief der unterzeichnete Ausschuss im November vorigen Jahres den Deutschen Arbeiterkongress für den 20. Januar und ff. nach Berlin. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Reichstages und der nachfolgende harte Wahlkampf ließen es uns im Interesse der Bestrebungen unseres Kongresses rätlich erscheinen, den Kongress zu vertagen. Nunmehr berufen wir endgültig zum **20., 21. und 22. Oktober 1907** den

### Deutschen Arbeiterkongress

zum zweiten Male nach Berlin.

Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundsätze anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

**Die Verhandlungen finden in den Germania-Festsälen zu Berlin N., Chausseestraße 103, statt.**

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter Franz Behrens-Essen).
2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter Adam Stegerwald-Köln).
  - A) Die Sonntagsruhe (Berichterstatter Richard Döring-Hamburg).
  - B) Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Wieber-Duisburg).
  - C) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Fischer-Mülhausen-Elsass).
  - D) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatterin Fräulein Graß-M. Gladbach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt E etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzesentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Eröffnung des Kongresses wird auf **Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 11½ Uhr**, angesetzt, bis zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einfinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter steht den einzelnen Verbänden frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der vertretenen Mitglieder entscheidend.

Indes glauben wir, die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Stimmrecht einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisations-Beamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besucht wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 15. September 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Anträge werden gedruckt und spätestens 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden Vereinigungen und deren Vertretern übermittelt werden.

Mit kollegialem Gruß!

### Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses:

**Franz Behrens**, Essen,  
Vorsitzender.

**Adam Stegerwald**, Köln,  
Schriftführer.

**Wilhelm Schaf**, Hamburg,  
Rechnungsführer.

**Marg. Behm**, Berlin.

**Joh. Giesberts**, M. Gladbach.

**A. Kirchberg**, Mülheim.

**Friedr. Kloos**, Walsstatt.

**Peter Wols**, Trier.

**C. M. Schiffer**, Düsseldorf.

**Seinr. Benz**, München.

**Emil Sartwig**, Hagen i. W.

NB. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen-Ruhr, Vereinsstr. 21, zu richten.



Ein Arbeiterschutz, dringend nötig für die am allergrößten Ausgehüteten, die Heimarbeiter, kann ihnen nur durch staatlich herbeigeführte und staatlich gesicherte Tarifvereinbarungen zuteil werden. Die nur so zu erreichenden Lohnerhöhungen würden dem Heimarbeiter ermöglichen, den Arbeitsraumvorschriften zu genügen, eine ihnen entsprechende Wohnung zu bezahlen, ohne das mit umso größerer Ueberarbeitung und Unterernährung erkaufen zu müssen. Lohntarife sind in der Heimarbeit die beste Gewerbehygiene.

Robert Wilbrandt.

### Was ist erreicht?

Diese Frage gilt nicht der Heimarbeiterinnenbewegung im ganzen Deutschen Reiche. Da wäre sie besser beim Jahreswechsel oder zum nächsten Verbandstage aufzuwerfen und zu beantworten. Sie gilt heute nur dem Ausschnitte unserer Bewegung, den wir im „Niederrheinischen Gewerbeverbande“ zusammengefaßt haben, und dessen Hauptgebiet die M. Gladbacher Konfektionsindustrie bildet. Alle unsere Mitglieder und sicher auch alle Freunde unserer Bewegung haben in den letzten Wochen mit gleicher Spannung nach jenem Gebiete hingehaut und auf den Ausgang der Lohnbewegung erwartet, die am 20. September vor. Jahres damit einsetzte, daß die vereinigten Gruppenvorstände von M. Gladbach und Rhendt der von ihnen herbeigerufenen Hauptvorsitzenden erklärten: „So geht es nicht weiter mit unseren Löhnen! Unsere Wünsche müssen zu den Ohren der Fabrikanten kommen! Die Löhne müssen ausgeglichen und aufgebeffert werden. Alles ist seit Jahren teurer geworden und wird noch teurer. Nur unsere Löhne sind nicht gestiegen, teilweise sogar noch herabgesetzt worden!“ Diesen energischen Wünschen der organisierten Heimarbeiterinnen, die dadurch noch verstärkt wurden, daß der „Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen“ in jener Zeit die Löhne der männlichen Konfektionsarbeiterchaft (Zuschneider und Bügler) durch Tarifabschlüsse mit Erfolg aufzubessern versuchte, mußte Rechnung getragen werden. Es war das um so berechtigter, als die Mitgliederzahl, die lange Zeit im Bezirk nur ca. 200 betrug, auf 400 und im Oktober auf 600 gestiegen war. Ein Eingehen auf die Wünsche eines so großen Bruchteils ihrer Arbeiterinnen war auch seitens der Fabrikanten viel eher zu erhoffen. So wurde die Hauptvorsitzende zunächst persönlich bei den Vorstandsmitgliedern des „Verbandes der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ vorstellig und zwar in dem Sinne, daß bei der Tarifierung der Löhne der Zuschneider und Bügler auch gleich die Näherinnen-Löhne mitreguliert werden möchten. Das wurde als zurzeit nicht angängig bezeichnet, aber für später in Aussicht gestellt. Den unverbindlichen Besprechungen im Herbst 1906 folgte dann im Januar 1907 der erfreuliche Fortschritt des Verhandels von Vorstand zu Vorstand der beiden Verbände. Beschlossen wurde von seitens des Arbeitgeberverbandes, an die Ausarbeitung eines spezialisierten Lohntarifes heranzugehen, der sich dann durch gemeinsames Verhandeln zum Tarifvertrage auszuwachsen sollte. Dieser „Entwurf eines spezialisierten Lohntarifs“, der in einigen 30 Exemplaren dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen zur Mitarbeit und Ergänzung von Arbeitnehmerseite zugehen sollte, wurde und wurde nicht fertig. Die Hauptvorsitzende, deren Kommen für Anfang Februar als nötig erklärt war, wurde nicht gerufen. Ihren Anfragen wurde mit der Betonung der Schwierigkeit der Aufstellung begegnet. Nichts geschah! Persönliche Rücksprachen mit dem Verbandsvorsitzenden ergaben erneut die Tatsache, daß das Zustandekommen der Tarifverhandlungen besonders dadurch verzögert wurde, daß die Rhendter Fabrikanten „nicht mituntun wollten“. Diese hatten sich nämlich im Januar 1907 zum „Verbande der Kleiderfabrikanten von Rhendt und Umgegend“ zusammengetan und zeigten sich als solche, wie berichtet wurde, jedem gemeinsamen Vorgehen abgeneigt. Der „Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ hatte inzwischen seine Mitgliederzahl im Bezirk auf mehr als 800 gebracht und eine ganze Reihe ländlicher Ortsgruppen hinzugewonnen. Umso mehr drängten die Mit-

glieder auf greifbare Erfolge der Lohnbewegung, die sich ja vor allem den Ausgleich der Interessen zum Ziel gesetzt hatte. Als weder im April noch im Juni (bei vorübergehender Abwesenheit von Fräulein Behm und Fräulein de la Croix) der beabsichtigte spezialisierte Lohntarif fertig vorlag, änderte der Gewerbeverein seine Taktik. Er beschloß, auf diese Art von Tarif zunächst zu verzichten und reichte nach erneuter Arbeit der Lohnkommission dem „Verbande der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ selbst einen Tarifentwurf ein, der die Festlegung von gruppenweisen Mindestlöhnen zum Ziel hatte. Eine solche Tarifierung war von den Vertretern der bedeutendsten Firmen bereits im Januar als das am leichtesten Erreichbare bezeichnet worden.

Was geschah nun? Der „Verband der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ (Glabbacher Verband) erklärte sich schriftlich gemeinsamen Verhandlungen im Prinzip geneigt, machte das Ganze aber von der Mitwirkung der Kleiderfabrikanten von Rhendt, Odenkirchen und Odenrath (Rhendter Verband) abhängig. Daraus trat die Hauptvorsitzende, der ein dahingehender Wunsch eines der einflussreichsten Rhendter Fabrikanten übermittelt worden war, mit diesem in unverbindliche, persönliche Besprechungen ein, die zwar leider noch nicht das Verhandeln von Verband zu Verband erreichten, aber folgendes indirekte Ergebnis hatten: Die Fabrikanten von Rhendt und Umgegend erklärten sich freiwillig bereit, gemeinsam eine Lohnregulierung durch Vergleich ihrer Lohnlisten herbeizuführen und vom 15. September ab die neuen, aufgebefferten Löhne nicht nur zu zahlen, sondern die Lohnlisten auch an der Lieferstelle auszuhängen.

Die Mitteilung von diesem Entschluß war zugleich von der Zusicherung begleitet, daß man gern bereit sei, den Herren vom „Verbande der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ Einsicht in die geplante Lohnregulierung zu gewähren. Die persönliche Weitergabe dieser Mitteilung durch die Hauptvorsitzende hatte erfreulicherweise zur Folge, daß tatsächlich eine Aussprache zwischen den Mitgliedern der beiden Arbeitgeberverbände stattfand und nun eine gemeinsame Regulierung der Löhne für den ganzen Konfektionsbezirk, vom 15. Septbr. an gültig, beschlossen wurde.

Daß infolge der Ablehnung des Rhendter Verbandes auch die M. Glabbacher Arbeitgeber diesmal auf das gemeinsame Verhandeln mit dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen verzichten würden, war für jeden, der die Auffassung der Arbeitgeber kennt, klar. Zu bedauern ist es ja, doch sind fast nirgends gleich Tarifverträge zustande gekommen, wenn Lohnbewegungen einsetzten. In der Regel geht es über die Vorstufe freiwilliger Zugeständnisse in der Form prozentualer Lohnerhöhungen dem Ziele zu.

Tatsächlich erreicht ist folgendes: **Erstens:** eine so starke Organisierung von Heimarbeiterinnen eines ganzen Bezirks, wie sie unseres Wissens sonst in Deutschland bisher nirgends zu verzeichnen ist. Eine völlig zuverlässige Zahl läßt sich zurzeit gar nicht angeben, da täglich neue Mitglieder gewonnen werden. Soviel ist aber auch im Augenblick schon sicher, daß der M. Glabbacher Bezirk jetzt etwa 36 Ortsgruppen zählt, die ihrerseits die Näherinnen von mehr als 100 städtischen und ländlichen Gemeinden umfassen.

**Zweitens:** für die Heimarbeiterinnen vom 15. September ab: regulierte und aufgebefferte Löhne, die durch das beschlossene Aushängen der Lohnlisten seitens der Fabrikanten (viele taten es schon bisher) zugleich die Gewähr bieten, daß dem Sinken der Löhne hoffentlich dauernd ein Riegel vorgeschoben worden ist.

**Drittens:** ein Zusammengehen der Fabrikanten des gesamten Bezirks und dadurch eine Vereinheitlichung der Arbeits- und Lohnverhältnisse dieses Bezirks. Gerade hierdurch ist die erste Grundlage geschaffen für spätere Tarifverträge, die „Dokumente des sozialen Friedens“, wie Fanny Jmle sie nennt.

**Aufgabe unseres Gewerbevereins,** der in den letzten Wochen unter der Teilnahme aller Schichten der Bevöl-



solchen Bedingungen kann bei tüchtigen Genossenschaftsleitern und einem ausgeübten Solidaritätsgeiste der Mitglieder die Genossenschaft für gewisse Hausindustrien von Segen sein. — In Deutschland hat die genossenschaftliche Organisation der Heimarbeiter mit mehr oder weniger Erfolg platzgegriffen bei den Siebmachern des Hunsrück, den Holzbearbeitern im badischen Bernautale, den Nagelschmieden des Taunus, des Thüringer Waldes und des Hunsrück, den Korbslechtern auf dem Taunus, den thüringischen Hauswebern, in der Pfälzer Schuhindustrie und in einigen städtischen Hausindustrien. Wie die Lage der beteiligten Heimarbeiter sich entwickelt hat, darüber bringt Dr. Koch eine Reihe charakteristischer, ins einzelne gehender Angaben, von denen zwei hier folgen mögen: Die Nagelschmiedegenossenschaft in Nonnweiler wurde 1891 gegründet und zählt heute über 100 Arbeiter. Vor der Errichtung der Genossenschaft kam der einzelne Arbeiter auf 60 Pf. bis 1 Mk. Tageslohn, nachdem auf 2,50 Mk. Weiter: Vor der Bildung der „Holzwarengenossenschaft Bernau“ verdienten die Schneidler dort 1,10 Mk. bei 14stündiger Arbeit pro Tag, jetzt 2,50 Mk. usw.

Auf dem Gebiete der Bekleidungs-Hausindustrie, das wegen seiner unerlösten Ausdehnung für alle Reformversuche am schwierigsten ist, wäre eine Aufwärtsentwicklung der Löhne durch genossenschaftliche Organisation sehr wohl denkbar. Unseres Erachtens müßte hier Selbsthilfe und Förderung durch staatliche und städtische Behörden Hand in Hand gehen, um Durchgreifendes zu schaffen.

**Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden.** Während Schlesiens Hauptstadt, Breslau, ihre vielen Heimarbeiterinnen noch immer auf die Krankenversicherung durch Ortsstatut warten läßt, wird jetzt aus Dattowitz gemeldet, daß sie dort von jetzt ab durch Abänderung des Kassenstatuts der Ortskrankenkasse zur Einführung gelangt. — Eretes Tropfen höhlt den Stein. Schließlich — und hoffentlich noch in dieser Reichstagsperiode — kommt auch die seit Jahren erstrebte reichs-gesetzliche Regelung.

**Gegen die Heimarbeiter oder gegen das Heimarbeiterelend?** Der „freie“ Schneiderverband beabsichtigt in den Monaten September und Oktober eine umfassende Agitation für den gesetzlichen Heimarbeiterchutz zu veranstalten, der natürlich gleichzeitig ihm möglichst viele neue Mitglieder zuführen soll. Ueberall, wo Heimarbeiter geschichte, sollen Versammlungen abgehalten werden, die durch intensive Hausagitation und Flugblattverbreitung vorbereitet werden sollen.

**Aus der sächsischen Blumen-Hausindustrie.** Aus Sebnitz wird gemeldet: „Die Fabrikation künstlicher Blumen und Blumenbestandteile, die in Sebnitz und in Reustadt ihren Hauptsitz hat, erhebt sich auch in diesem Sommerhalbjahr eines stottern Geschäftsganges. Schon seit Jahren ist dieser Industriezweig in sämtlichen Ortschaften der oberen sächsischen Schweiz und in der Umgegend von Reustadt als Hausarbeit einheimisch, so daß Hunderte von Frauen und Mädchen einen annehmbaren Verdienst erhalten. Die Sebnitzer Blumenfabriken unterhalten jetzt in der Umgegend eine Anzahl von Materialausgabestellen, mit denen auch die Entgegennahme der angefertigten Waren verbunden ist. Um die Herstellung von künstlichen Blumen Blättern usw. recht vorteilhaft zu gestalten, fabriziert man in den einzelnen Ortschaften bestimmte Sorten und Blumenbestandteile für die Fabriken.“ Wenn man diese Angaben liest, so könnte man sich zunächst freuen, daß wieder ein deutscher Industriezweig solche Fortschritte macht. Unwillkürlich treten aber neben diese Angaben die Darstellungen der Sebnitzer Blumenfabrikation mit ihren außerordentlich niedrigen Löhnen, wie sie die Deutsche Heimarbeitsausstellung im vorigen Jahre uns zeigte. Und dann fragt man sorgend: Ist die größere Ausdehnung der betreffenden Heimarbeit auch nicht nur der übermäßigen Billigkeit der Arbeitskräfte zuzuschreiben? Industrien, die nur dadurch an Ausdehnung, an Absatz gewinnen, daß sie billiger als alle anderen produzieren,

sind keine Förderung des Nationalwohlstandes. Was etwa an Kapital gewonnen wird, geht an Volksgesundheit verloren.

### Aus anderen Verbänden.

**Christliche Gewerkschaften.** Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist die stärkste der Welt. Das Jahr 1906 bedeutet einen schönen Fortschritt in der organisatorischen Arbeit, und insbesondere hat, wie nachstehend zu ersehen, die christliche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906 Fortschritte zu verzeichnen, die mit heller Freude erfüllen müssen. Die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften betrug am 1. April:

1901:	81 569,
1902:	79 077,
1903:	84 865,
1904:	100 053,
1905:	195 401,
1906:	215 884,
1907:	277 280.

Dazu kommen noch einige Verbände, die das Programm der christlichen Gewerkschaften anerkannt haben, auch an deren Generalsekretariat berichten, aber keine Verbandsbeiträge zahlen (deutsche Eisenbahnhandwerker, württembergische Eisenbahner, badische Eisenbahner, bayrisches und württembergisches Postpersonal, Oberschlesischer Verein zur gegenseitigen Hilfe) mit insgesamt 75 207 Mitgliedern, wodurch sich die Gesamtmitgliedszahl auf 352 467 erhöht.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat somit feste Wurzeln geschlagen. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erkennt dies an, indem sie schreibt: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung erfreut sich eines gesunden Wachstums, wie die auch im Jahre 1906 erfolgte Zunahme von Mitgliedern in sämtlichen Organisationen beweist. Der Bericht spricht deshalb die Erwartung aus, daß in einigen Jahren den 2½ Millionen Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften eine halbe Million christlich organisierter gegenüberstehen werde. Mit Befriedigung erfüllt die klare Stellungnahme des Berichts gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften stellen sich auf den Boden der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung und lehnen die Klassenkämpfe und den Klassenhaß ab.“ Die christlichen Gewerkschaften sind gewiß Interessenverbände, aber in ihre Interessenvertretung ist als die Tragkraft eingebettet der christlich-nationalen Gedanke, und es hieße der Bewegung die Seele rauben, wollte man ihr das Ideal nehmen, das in die Arbeit treibt. Die Theorie der jungen Bewegung gestaltet sich immer klarer und umfassender.

Wenn zugleich die Opferwilligkeit der Mitglieder sich mehrt, so ist dies ein gutes Zeichen. Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften hatte in den Kalenderjahren

	Einnahme	Ausgabe	Bestand
1902:	406 910 Mk.	328 456 Mk.	335 086 Mk.
1903:	678 252 „	552 447 „	455 070 „
1904:	894 517 „	711 670 „	690 874 „
1905:	2 443 122 „	2 150 511 „	1 249 408 „
1906:	3 378 833 „	2 709 260 „	2 370 782 „

Innerhalb und außerhalb des Gesamtverbandes hatten die christlichen Gewerkschaften im Kalenderjahre 1906 eine Einnahme von 3 644 865 M., eine Ausgabe von 2 977 733 Mark und am Jahresschluß einen Kassenbestand von 2 613 961 M.

Die Teilnahme der Frauen an den christlichen Gewerkschaften ist in erheblicher Zunahme begriffen. Von 11 991 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1905 stieg die Zahl auf 21 646 im Jahre 1906, sie hat sich also nahezu verdoppelt.

**Der 34. Kongress für Innere Mission,** der vom 23. bis 26. September d. J. in Essen stattfindet, wird u. a. auch die Frage behandeln, welche Aufgaben der Inneren Mission aus der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeiterbewegung erwachsen. Das Referat hierüber hat Konfistorialrat Mahling-Frankfurt a. M. übernommen, während Franz Behrens Korreferent ist.

